

Weiße Nerze in einer holsteinischen Pelztierfarm



Mehr Platz für Nerz und Marderhund

Die Bundesregierung berät über eine Verordnung zur artgerechten Pelztierhaltung. Tierschützern geht der Entwurf nicht weit genug, Züchter fürchten das Aus.

In der Natur durchstreifen sie ein bis zu vier Quadratkilometer großes Revier. In Gefangenschaft müssen sich Nerze meist mit einem Fleckchen begnügen, das 15 Millionen Mal kleiner ist – mit 30 mal 90 Zentimetern Käfigfläche. Statt auf Wiesenboden leben sie auf Drahtgittern, und der Gestank der eigenen Exkremente plagt die geruchsempfindlichen Tiere.

Seit dem 1. August 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Doch an der Qual der Nerze, Füchse, Iltisse, Sumpfbiber und Chinchillas in Deutschlands 34 Pelztierfarmen hat sich wenig geändert. Tierschützer wie der Rechtsanwalt Ulrich Wollenteit fordern, die Pelztierzucht endlich zu verbieten: „Biologische und ethologische Studien belegen, dass eine artgerechte Haltung von Pelztieren unmöglich ist.“ Doch die rot-grüne Bundesregierung hält ein Verbot für verfassungsrechtlich nicht durchsetzbar: „Das käme einem Berufsverbot gleich“, gibt das Ministerium von Renate Künast zu bedenken.

Immerhin sind Pelztierfarmen in Österreich und seit Januar 2003 in Großbritannien verboten; auch die Niederlande beschlossen vor kurzem ein Verbot, gewähren den Züchtern allerdings Übergangsfristen von bis zu zehn Jahren. Auf Initiative von Klaus Müller, dem Umweltminister Schleswig-Holsteins, stellte das Bundesland deshalb im November 2001 im Bundesrat den Antrag, die Pelztierhaltung in Deutschland ebenfalls zu verbieten. Dieser fand zwar keine Mehrheit, doch forderte die Länderkammer die Bundesregierung auf, eine Verordnung zur artgerechten Pelztierhaltung zu erarbeiten. Ende 2002 legte das Landwirtschaftsministerium einen ersten Entwurf vor, den Tierschützer als überaus dürftig zurückwiesen. Jetzt kursiert eine neue Vorlage.

Sie sieht unter anderem vor, Sumpfbibern und Nerzen ein Schwimmbecken anzubieten (Mindestfläche ein Quadratmeter, Mindestdiefe 30 Zentimeter) und für alle Pelztiere Verstecke in den Käfigen zu schaffen. „Nach wie vor“, kritisiert jedoch Regina Jaeger von der Tierschutzorganisation Provieh, „dürfen die Käfige so

klein sein, dass es zu Verletzungen an den Pfoten, Beißereien und Kannibalismus kommt.“ Nerz, Iltis, Fuchs und Marderhund sollen sich künftig auf einer Mindestgehegefläche von drei Quadratmetern bewegen dürfen – nicht genug, so Marion Steinbach vom Deutschen Tierschutzbund: „Wir fordern für Nerz und Iltis eine Mindestgehegefläche von sechs Quadratmetern, für Fuchs und Marderhund 40 Quadratmeter.“

Trotzdem beschwören die Pelztierfarmer bereits das drohende Ende ihres Gewerbes. Tatsächlich halten es selbst Regierungsfachleute für möglich, dass die deutschen Pelzfarmen nicht mehr rentabel betrieben werden können, sollte der Entwurf zur Verordnung werden. Dann würden die rund 280.000 Pelze, die Deutschland jährlich erzeugt, wohl durch Felle aus anderen Ländern ersetzt. In Nordamerika und Russland allerdings vegetieren Pelztiere oft unter noch unwürdigeren Bedingungen dahin oder werden mit Fallen gefangen. „Die Wildfänge“, sagt der grüne Politiker Edmund Haferbeck, „gehen in die Millionen und stellen zehn bis 20 Prozent der Felle, die auf dem deutschen Markt angeboten werden – auch von bekannten Modefirmen wie Prada und Gucci.“ Darüber hinaus gelangen unter obskuren Tarnnamen wie Gaewolf, Asiatischer Waschbär, Gubi oder Moupi auch Katzen- und Hundefelle aus Asien auf den deutschen Markt. Verbraucherministerin Künast setzt sich derzeit dafür ein, den Import von Hunde- und Katzenfellen EU-weit zu verbieten, will aber keinen deutschen Alleingang wagen.

Wann sich die Bundesregierung über die Pelztierverordnung einigt, ist unklar. „Die Diskussionen laufen“, sagt Andreas Schulze, Sprecher des Verbraucherministeriums. Der grüne Experte Edmund Haferbeck bezweifelt, dass Künast noch in diesem Jahr, wie ursprünglich geplant, dem Bundesrat einen Entwurf vorlegen wird: „Regierungsintern regt sich starker Widerstand, besonders aus dem Bundesjustizministerium. Das wird sich alles noch um etliche Monate verzögern.“

TORSTEN ENGELBRECHT